

LANDTAG MECKLENBURG-VORPOMMERN

8. Wahlperiode

Enquete-Kommission

„Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“

Kommissionsdrucksache

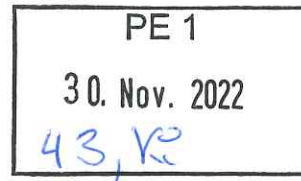
8/29

30. November 2022

INHALT:

**Antrag der Fraktionen der SPD und DIE LINKE
eingegangen am 30. November 2022**

**Bericht der Landesregierung zum aktuellen Stand
der politischen und gesellschaftlichen Beteiligung
junger Menschen in M-V**



ANTRAG

der Fraktionen SPD und DIE LINKE

Bericht der Landesregierung zum aktuellen Stand der politischen und gesellschaftlichen Beteiligung junger Menschen in M-V

Die Enquete Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“ möge beschließen:

- I. Die Kommission ersucht die Landesregierung, den aktuellen Stand der politischen und gesellschaftlichen Beteiligung junger Menschen in MV bis zum 13.01.2023 schriftlich darzustellen. Dabei sollen insbesondere die im Anhang aufgeführten Fragestellungen beantwortet werden.
- II. Der Tagesordnungspunkt „Befragung der Landesregierung zum ersten Themencluster ‚Gesellschaftliche Beteiligung junger Menschen‘“ wird auf die Tagesordnung der Sitzung der Enquete-Kommission „Jung sein in MV“ am 20.01.2023 gesetzt.
- III. Die Landesregierung wird durch das Kommissionssekretariat zur Sitzung am 20.01.2023 eingeladen, sodass die Mitglieder der Kommission ihre Nachfragen zur schriftlichen Stellungnahme zum ersten Themencluster an die Landesregierung richten können.



Michel-Friedrich Schiefler, SPD-Fraktion



Christian Albrecht, Fraktion DIE LINKE

Begründung:

Für die Arbeit der Enquete-Kommission „Jung sein in MV“ sind die Stellungnahme durch und die Nachfragemöglichkeit an die Landesregierung neben den Anhörungen der Sachverständigen eine zentrale Informationsgrundlage. Die erste Sachverständigenanhörung der Enquete-Kommission „Jung sein in MV“ zum ersten Themencluster „Gesellschaftliche Beteiligung junger Menschen“ hat am 04.11.2022 stattgefunden, für den 02.12.2022 ist die zweite Anhörung mit weiteren Sachverständigen geplant. Es erscheint vor diesem Hintergrund zielführend, die Landesregierung zur Januarsitzung einzuladen.

Anhang Fragestellungen

Rechtliche Regelungen

1. Wie ist „politische Beteiligung junger Menschen“ definiert?
Wie ist „politische Mitwirkung junger Menschen“ definiert?
2. Wie ist der Stand der Erarbeitung eines Kinder- und Jugendbeteiligungsgesetzes für Mecklenburg-Vorpommern?
3. Welche Rechtsgrundlagen existieren für die politische Beteiligung junger Menschen in Mecklenburg-Vorpommern?
4. Mit welchen Mitteln werden die Rechte überprüft? An welchen Stellen können Kinder und Jugendliche ihre Rechte einfordern?
5. Welche Optionen bestehen zur konkreten Verbesserung der Rechtsgrundlagen für die politische Beteiligung junger Menschen in Mecklenburg-Vorpommern?
6. Wie sollte ein Kinder- und Jugendbeteiligungsgesetz ausgestaltet sein? Welche Strukturen und rechtlichen Regelungen sollte eine Kinder- und Jugendbeteiligung umfassen?

Politische Maßnahmen und Beteiligungsstrukturen

7. Welche Maßnahmen wurden in den Jahren seit 2006 seitens der Landesregierung ergriffen, um die politische und gesellschaftliche Beteiligung junger Menschen in Mecklenburg-Vorpommern zu befördern?
8. Welche Beteiligungsstrukturen gibt es auf kommunaler Ebene, welche auf Landesebene?
9. Wie hoch ist der Anteil institutionell organisierter Kinder und Jugendlicher (z. B. in Kinder-/Jugendparlamenten, (politischen) Jugendinitiativen, Ehrenämtern etc.) in Mecklenburg-Vorpommern?
10. Wie hoch ist der Anteil derjenigen Kinder und Jugendlichen, die neben dem Schulbesuch nirgendwo eingebunden sind?

Kitas und Schulen

11. Welchen Stellenwert hat die Beteiligung in Kitas und Schulen?
12. Welche Vorgaben werden den Kitas und Schulen diesbezüglich gemacht?

Ehrenamtliches Engagement

13. Wie ist der Zeitplan für die Erarbeitung einer Ehrenamtsstrategie?
14. Welche Möglichkeiten des bürgerschaftlichen Engagements gibt es in Mecklenburg-Vorpommern für Kinder und Jugendliche? (Bitte auch ausführen für: Kinder und Jugendliche mit Behinderungen, migrantische Kinder und Jugendliche)
15. Können Freistellungen das bürgerschaftliche Engagement von Kindern und Jugendlichen positiv beeinflussen?
16. Welche Regelungen müssten getroffen werden, um eine schulische Freistellung für ehrenamtliches Engagement von Kindern und Jugendlichen zu ermöglichen?